

## Region

# Jetzt mobilisieren die Gegner der Glockengegner

**Sie wollen Tradition retten** In Aarwangen wird für eine spezielle Initiative gesammelt. Das Begehren will die Kuh- und Kirchenglocken schützen. Anlass ist ein aktueller Konflikt im Ortsteil Mumenthal.

Stephan Künzi

Mit den Glocken ist es so eine Sache. Unabhängig davon, ob es gerade um Glocken geht, die an Kuhhalsen hängen, oder um solche, die in einem Kirchturm hängen: Die einen hassen sie, reklamieren über diesen Lärm, der sie um die wohlverdiente Ruhe, ja sogar um den wohlverdienten Schlaf bringt. Die anderen lieben sie, freuen sich an diesem Wohlklang, den sie mit vertrauten Traditionen, ja sogar einem Gefühl von Heimat verbinden.

Diese zweite Gruppe macht zurzeit in Aarwangen von sich reden. Auslöser ist die Beschwerde zweier Ehepaare, die im Ortsteil Mumenthal die glockentragenden Kühe von der Weide verbannen möchten. Es ist der altbekannte Konflikt, der immer mal wieder dort aufflammt, wo die Welt der Einfamilienhausbesitzer auf jene der alteingesessenen Landwirte prallt.

### Nächtlicher Kuhglockenlärm ist «unzulässig»

Letztmals für Schlagzeilen gesorgt hat ein solcher Fall in Lyss. Dort hält ein Streit um die Kühe und ihre Glocken nicht nur die Gemeinde, sondern auch den Kanton auf Trab. In einer ersten Runde hatten die Gemeindebehörden nämlich den Landwirt geschützt, was der Anwohner, der sich durch das ständige Gebimmel auf der nahen Weide gestört fühlte, nicht auf sich sitzen lassen wollte.

Er beschwerte sich bei der Verwaltung in Bern, und siehe da, diese wies die Kolleginnen und Kollegen in Lyss an, genauer hinzuschauen. Weil, so die Begründung, Lärm aus einem Bauernbetrieb zwar grundsätzlich geduldet werden müsse, nächtlicher Kuhglockenlärm aber «zu Aufwachreaktionen» führe und «deshalb unzulässig» sei.

### Arzt im Einsatz für ein massvolles Nebeneinander

In der Regel verschaffen sich die paar wenigen, die gegen Kuhglocken oder eben auch gegen Kirchenglocken sind, bei den Behörden und in der Öffentlichkeit Gehör. Das, erklärt Andreas Baumann, wolle er so nicht mehr länger hinnehmen. Der Arzt aus Aarwangen, selber auf einem Bauernhof aufgewachsen, hat sich deshalb mit Gleichsinn-



Schon kleine Kuhglocken – die Initianten in Aarwangen reden lieber von Schellen – sorgen immer wieder für Kontroversen. Symbolfoto: Bernd Wittelsbach (Mauritius Images)

ten zusammengetan, um Gegensteuer zu geben.

«Wir wollen», betont Baumann, «jenen eine Stimme geben, die traditionelle Glockenklänge als wohltuend empfinden, sich in der Regel aber nicht zu Wort melden.» Dass er davon ausgeht, die grosse Mehrheit im Dorf hinter sich zu haben, lässt er dabei offen durchblicken.

Richten soll es eine Gemeindeinitiative, der Baumann und seine Leute den klangvollen Namen Glockeninitiative verpasst haben. Sie fordert, dass die Gemeinde ein Reglement ausarbeitet, das «unter Einhaltung der Lärmschutzverordnung ein massvolles Nebeneinander von Glocken an der Kirche, aber auch Glocken, Schellen und Treicheln bei Nutztieren ermöglicht». So steht es

### Jede Viertelstunde der Glockenschlag

Wehret den Anfängen – nach diesem Leitsatz bezieht die Gemeindeinitiative von Aarwangen auch die Kirchenglocken ins Begehren mit ein. Aus gutem Grund: Während andernorts die Kirchen aus Gründen des Lärmschutzes in der Nacht verstummt sind, kennt Aarwangen nach wie vor den viertelstündlichen Glockenschlag. Sieben Tag die Woche, rund um die Uhr. (skk)

im Presstext zum Start der Unterschriftensammlung.

Das Begehren kommt zustande, wenn es von 319 Leuten unterzeichnet wird, das sind zehn Prozent aller Stimmberechtigten. Die sechsmonatige Sammelfrist wird am 25. Oktober auslaufen. Anschliessend entscheidet die Gemeindeversammlung in einem ersten Schritt, ob die Arbeiten für das Reglement angepackt werden sollen. In einer zweiten Versammlung wird es später darum gehen, welchen Vorgaben das Glockengeläut künftig im Detail unterworfen ist.

### Tragische Wende im Fall Lyss

Der aktuelle Konflikt in Mumenthal löst bei Andreas Baumann auch insofern Befremden aus, als

der betroffene Bauer Kompromissbereitschaft gezeigt habe. Der Landwirt sei bereit gewesen, das Geläut zu reduzieren, dann hätten auf der Weide statt zwölf Tiere nur noch deren sechs eine Glocke getragen. Wobei, was heisst schon Glocke: Das Weidegeläut sei klein und fein, betont Baumann: «Ich rede lieber von Schellen.»

Dass der Bauer bei den beiden Ehepaaren jedoch ganz offensichtlich auf Granit gebissen hat, versetzt Andreas Baumann definitiv in Rage. «Schon sein Vater und sein Grossvater haben ihren Kühen Schellen umgehängt. Er soll diese Tradition auf seinem Hof weiterpflegen dürfen.»

Noch haben Aarwagens Behörden im Streit nicht end-

gültig Stellung bezogen. Das war vor bald zwanzig Jahren anders, damals gab das Kuhgebimmel eines anderen Betriebs im Dorf zu reden. Die Behörden stellten sich auf die Seite der Bauernfamilie, fanden, der Klang sei zwar hörbar, aber nicht störend. Trotzdem gab die Familie am Ende klein bei. Das Ganze sei ihr zu blöd, liess sie ziemlich überraschend verlauten – und schnallte den Tieren die Glocken kurzerhand ab.

Und in Lyss? Auch dort nimmt die Glockendiskussion eine unerwartete, ja tragische Wende, denn mittlerweile ist der Beschwerdeführer gestorben. Ob seine Frau als Mitunterzeichnerin am Verfahren festhalten wird? Das ist zurzeit völlig offen.

## Tiefere oder höhere Steuern? Die Bevölkerung hat nun definitiv die Wahl

**Langenthal** Der Stadtrat spricht sich für eine Variantenabstimmung zum Budget 2023 aus. Für höhere Steuern wirbt er trotzdem.

Die Langenthalerinnen und Langenthaler können am 18. Juni definitiv darüber abstimmen, ob sie im laufenden Jahr mehr oder weniger Steuern zahlen wollen. Mit 35 Ja gegen 1 Nein bei einer Enthaltung legte er gestern Abend fest, dass das Budget 2023 den Stimmberechtigten in zwei Varianten vorgelegt wird.

Mit einem um 0,6 Zehntel erhöhten Steuerfuss von 1,44, wie er beim ersten Urnengang im Januar bei einer Nein-Mehrheit von gut 54 Prozent keine Gnade gefunden hat. Oder mit dem bisherigen Steuerfuss von 1,38, von

dem der Gemeinderat angesichts des erwarteten höheren Defizits seit jeher abrät.

So oder so drohen dem Langenthaler 100-Millionen-Haushalt rote Zahlen. Beim höheren Ansatz von 1,44 rechnet der zuständige SVP-Gemeinderat Roberto Di Nino mit einem Minus von 3,8 Millionen Franken. Beim tieferen Ansatz von 1,38 klettert der Fehlbetrag um 1,5 Millionen auf 5,3 Millionen Franken.

### Unter zeitlichem Druck

In der Debatte waren sich die Fraktionen von links bis rechts

einig, dass es bei Lichte betrachtet keine Alternative zu diesem Vorgehen gebe. Zu gross sei sonst die Gefahr, dass das Budget wieder scheitere. Dann nehme der Kanton das Heft in die Hand und setze letztlich das Budget mitsamt der Steueranlage in eigener Regie fest.

Die Politikerinnen und Politiker stellten dies nicht ohne zeitlichen Druck im Nacken so fest. Der Kanton wird nämlich immer dann von sich aus aktiv, wenn eine Gemeinde bis Ende Juni über kein gültiges Budget für das laufende Jahr verfügt.

Als es später um die Wurst ging, blieb der Stadtrat seiner Meinung vom vergangenen Herbst treu. Wie bei einer Variantenabstimmung üblich, musste er sich nach einer weiteren Debatte runde in



Gemeinderat Roberto Di Nino rechnet mit einem Minus. Foto: rmo

der Stichfrage darauf festlegen, welcher Steueranlage er bei einem doppelten Ja den Vorzug geben würde.

Mit 28 zu 9 Stimmen entschied sich der Stadtrat, den Stimmberechtigten in diesem Fall den höheren Steuerfuss ans Herz zu legen. So eben, wie er es schon im Vorfeld zur ersten Abstimmung im Januar getan hatte.

### Bürgerliche gespalten

Die Bürgerlichen gaben dabei offen zu erkennen, dass ihre Fraktionen in dieser Frage gespalten sind. Die vergleichsweise hohe

Teuerung liess einen kleineren Teil der Fraktion von FDP und Jungfreisinn und etwa die halbe SVP-Fraktion vor höheren Steuern zurückschrecken.

Bei der SVP gab es zudem Stimmen, die befürchteten, mit einer Empfehlung für höhere Steuern stärke man das Nein-Lager. Damit steige das Risiko, dass an der Urne gleich beide Varianten scheiterten und der Kanton doch noch einschreiten müsse.

Demgegenüber standen die Fraktionen SP/Grüne sowie GLP/EVP geschlossen hinter dem höheren Steuerfuss. (skk)